

In den Parlamenten kündet sich das Sturmtief Uni an

Landrat und Grosser Rat debattieren diese Woche über das Globalbudget der Universität Basel. Das Misstrauen sitzt tief.

Christian Mensch

Der Aufbruch ist vertagt. Die Universität Basel wird in den kommenden vier Jahren keine Pflöcke einschlagen können. Das Globalbudget für die Jahre 2026 bis 2029 soll zwar elf Prozent über dem aktuellen liegen, doch das zusätzliche Geld fliesst mehrheitlich in die teilweise Kompensation der Teuerung sowie in die Infrastruktur. Vor allem die Nachfinanzierung und die Betriebsausgaben für das Biozentrum schlagen sich in den Kosten nieder.

Am Mittwoch berät der Grosser Rat, am Donnerstag der Landrat über die 1,5 Milliarden,

1,5 Mrd.

Franken beträgt das Globalbudget für die Uni Basel 2026 bis 2029.

die von den Trägerkantonen für die kommenden vier Jahre zu stemmen sind. Weder die voraussichtlich 770 Millionen Franken, die Basel-Stadt zu leisten, noch die 730 Millionen Franken, die Baselland zu finanzieren hat, sind im Grundsatz umstritten. Denn auch der Streit ist vertagt, wozu die Universität wesentlich beiträgt: Um nicht höhere Beiträge einfordern zu müssen, plündert sie ihr Eigen-

kapital bis auf ein Minimum. Wie geht es weiter mit der Universität ab 2030? - Diese Frage wird auch die Parlamentsdebatten beherrschen. Gemäss Rolf Borner, dem Infrastrukturdirektor der Universität, werden die jährlichen Immobilienkosten in der Leistungsperiode 2030 bis 2033 nach aktuellen Schätzung um 25 bis 30 Millionen Franken steigen. Dies vor allem durch die Inbetriebnahme des Neubaus Biomedizin sowie einem neuen Gebäude des Departements Chemie auf dem Rosental-Areal.

Die Baselbieter Regierung hat bereits angekündigt, diesen Ausbau nicht mehr paritätisch

mitgehen zu wollen oder zu können. In Voraussicht dieser Kosten haben die Baselbieter auch Forfait gegeben, die Juristische und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten auf Baselbieter Boden in den Dreispitz zu holen.

Kommissionen sehen Rot ab 2030

Die in vier Jahren zu erwartende Finanzierungslücke prägte bereits die Beratung in der vorbereitenden Kommissionen, wie deren Berichten zu entnehmen ist. Die baselstädtische Bildungskommission spricht von einer sich verschärfenden «paritätischen Schieflage» zwischen den Trägerkantonen, wo-

bei auch «die finanziellen Möglichkeiten des Kanton Basel-Stadt endlich sind». Der Kanton Basel-Stadt sei weder willens noch fähig, «Ausfälle des Partnerkantons beliebig aufzufangen».

Äusserst kritisch und misstrauisch ist der Kommissionsbericht der Landräte ausgefallen. Basel-Stadt steht darin unter dem Generalverdacht, den Landkanton zu übervorteilen, und die Universität selbst, die Kosten nicht im Griff zu haben. Gemäss Kommissionsbericht stellt sich Bildungsdirektorin und Mitglied des Universitätsrates Monica Gschwind bei dieser Kritik nicht etwa auf die Seite

der Hochschule. Vielmehr moniere sie selbst, die Universität müsse letztlich sparsamer werden, «es müsse ein Umdenken stattfinden».

Für Monica Gschwind ist die Landratsdebatte wohl die letzte Gelegenheit, ihr Verhältnis zur Universität zu klären. Per Ende Jahr übergibt sie ihr Amt einem Nachfolger. Für die schwierigen Verhandlungen des Globalbudgets ab 2030 wird aber ohnehin neues Personal am Start stehen. Als Uniratspräsident ist bereits der Baselbieter Aymo Brunetti gewählt, die Nachfolge für Rektorin Andrea Schenker-Wicki wird im kommenden Jahr ausgeschrieben.